

## **Antrag**

**der Abg. Sarah Hagmann und Tayfun Tok u. a. GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus**

### **Auswirkungen der neuen US-Regierung auf die baden-württembergische Wirtschaft**

#### **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sich die Außenhandelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den Vereinigten Staaten in den letzten fünf Jahren entwickelt haben, unter besonderer Berücksichtigung folgender Kenngrößen: Exportvolumen, Importvolumen, Anteil Exportvolumen in die USA an Exportvolumen gesamt, Anteil Importvolumen aus den USA an Importvolumen gesamt, wichtigste Exportgüter in die USA nach Wert und Anteil am Gesamtexportvolumen in die USA, Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen in den USA und umgekehrt;
2. mit welchen direkten und indirekten Auswirkungen der US-Importzölle zu rechnen ist, insbesondere auf zentrale Wirtschaftszweige Baden-Württembergs wie die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Gesundheitswirtschaft sowie innovative Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Luft- und Raumfahrt;
3. wie die Landesregierung beabsichtigt, baden-württembergische Unternehmen bei der Bewältigung negativer Auswirkungen einer protektionistischen US-Handelspolitik zu unterstützen;
4. wie sich die Landesregierung auf das Risiko vorbereitet, dass baden-württembergische Unternehmen aufgrund drohender Strafzölle Produktionsstätten oder Unternehmensstandorte in die USA verlagern;
5. welche Möglichkeiten sie sieht, um baden-württembergische Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Absatzmärkte zu unterstützen und somit ihre Abhängigkeit vom US-Markt zu reduzieren;

6. welche wirtschaftlichen Kooperationen Baden-Württemberg mit den Bundesstaaten der USA unterhält, einschließlich des jeweiligen Schwerpunkts dieser Kooperationen;
7. wie diese Kooperationen genutzt werden können, um die Handelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA zu stützen;
8. ob geplant ist, neben der Wirtschaftsrepräsentanz in San Francisco weitere Wirtschaftsrepräsentanzen in den USA einzurichten;
9. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und der EU auf die protektionistische US-Handelspolitik zu reagieren, um die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft zu schützen;
10. welche Schritte die Landesregierung unternimmt, um gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft in den transatlantischen Beziehungen zu vertreten.

14.2.2025

Hagmann, Herkens, Häusler, Resch, Schoch, Hentschel, Tok GRÜNE

#### Begründung

US-Präsident Donald Trump macht seine Drohungen wahr und verschärft in seiner zweiten Amtszeit den handelspolitischen Kurs der USA. Handelskonflikte zwischen den USA und der EU belasten besonders exportstarke Regionen wie Baden-Württemberg. Baden-Württemberg muss sich auf eine protektionistische US-Handelspolitik einstellen, die seine Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwächen könnte. Der Antrag verfolgt das Ziel, die wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung für Baden-Württemberg zu analysieren und konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. März 2025 Nr. D11464/2025 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie sich die Außenhandelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den Vereinigten Staaten in den letzten fünf Jahren entwickelt haben, unter besonderer Berücksichtigung folgender Kenngrößen: Exportvolumen, Importvolumen, Anteil Exportvolumen in die USA an Exportvolumen gesamt, Anteil Importvolumen aus den USA an Importvolumen gesamt, wichtigste Exportgüter in die USA nach Wert und Anteil am Gesamtexportvolumen in die USA, Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen in den USA und umgekehrt;*

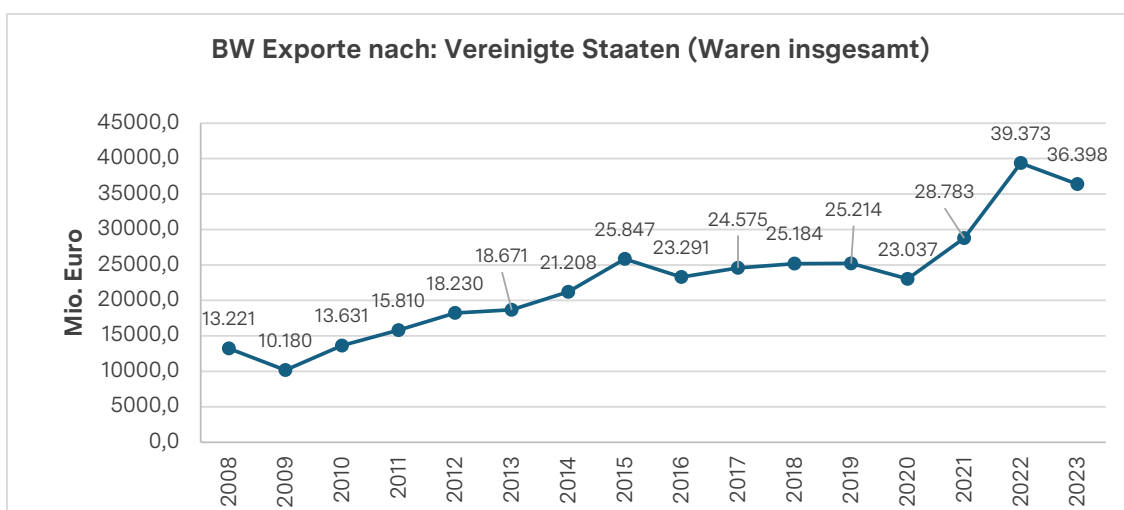
Zu 1.:

Die USA sind nach wie vor der wichtigste Handelspartner Baden-Württembergs (1. Rang im Länderranking mit Ausfuhren in Höhe von 36,4 Milliarden Euro 2023;

-7,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr).<sup>1</sup> Dies entspricht etwa 14,5 Prozent der baden-württembergischen Gesamtausfuhren. Im Jahr 2024 wurden nach ersten vorläufigen Zahlen des Statistischen Landesamtes Waren im Wert von 34,8 Milliarden Euro in die USA exportiert. Dies ist ein Minus von 4,4 Prozent zum Vorjahr und stellt die zweite Abnahme infolge dar. Trotz des Rückgangs sind die USA mit großem Abstand vor der Schweiz (2023: Ausfuhren in Höhe von 13,5 Milliarden Euro) der wichtigste Exportmarkt für die baden-württembergische Wirtschaft.<sup>2</sup>

Umgekehrt importierte Baden-Württemberg 2023 Waren im Wert von insgesamt 18,59 Milliarden Euro aus den USA. Das entspricht 8,2 Prozent der baden-württembergischen Gesamteinfuhren. Damit sind die USA nach wie vor auf Platz 4 der wichtigsten Importländer für Baden-Württemberg. Importzahlen für 2024 liegen derzeit noch nicht vor.

Im Fünf-Jahres-Vergleich haben sich die Exporte in die USA von 25,2 Milliarden Euro auf 36,4 Milliarden Euro gesteigert. Das entspricht einem Anstieg von rund 44,6 Prozent von 2018 bis 2023.

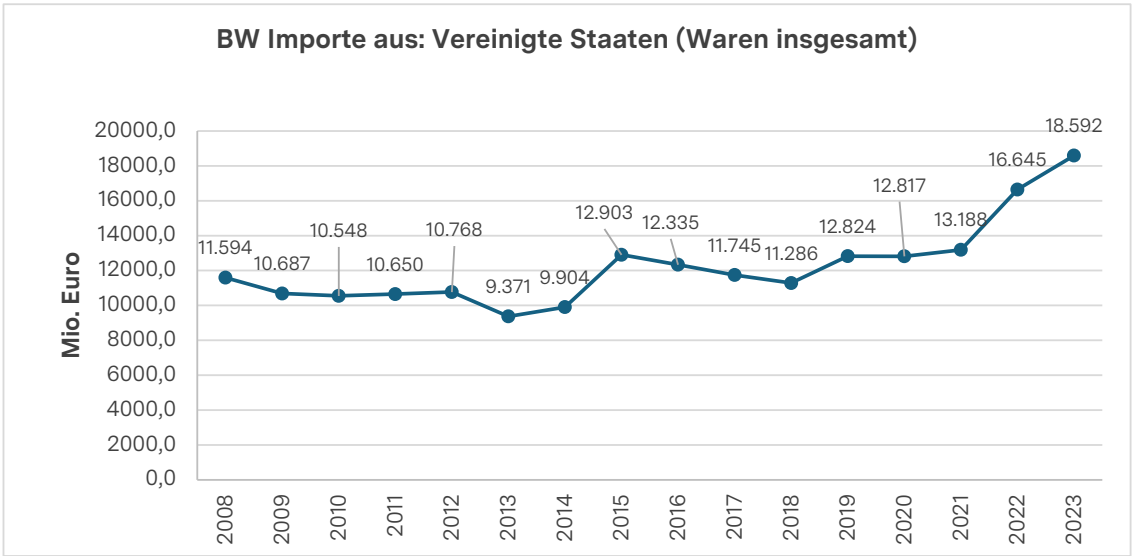


(Quelle: Außenhandelsdatenbank, Statistisches Landesamt, 2025)

Ein gleiches Bild zeichnet sich bei den Importen ab. Hier ist ein Anstieg von 11,29 Milliarden Euro auf 18,59 Milliarden Euro (+64,7 Prozent) zwischen 2018 und 2023 zu verzeichnen.

<sup>1</sup> <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2024261>

<sup>2</sup> <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2025049>



(Quelle: Außenhandelsdatenbank, Statistisches Landesamt, 2025)

Die wichtigsten Exportgüter Baden-Württembergs in die USA im Jahr 2023 sind der nachfolgenden Tabelle in Volumen und Exportanteil zu entnehmen. Kraftwagen und Kraftwagenteile gefolgt von pharmazeutischen u. ä. Erzeugnissen sowie Maschinen dominieren den Export in die USA. Das entspricht bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen einem Anteil von 29,5 Prozent an den baden-württembergischen Gesamtausfuhren in die USA, bei pharmazeutischen u. ä. Erzeugnissen einem Anteil von 24 Prozent an baden-württembergischen Gesamtausfuhren und bei Maschinen einem Anteil von 22,4 Prozent.

|                                                                     | Insgesamt in<br>Milliarden Euro | Anteil Güterart an<br>Gesamtausfuhr BW<br>in die USA in % |
|---------------------------------------------------------------------|---------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| <b>Wichtigste Exportgüter (USA)</b>                                 |                                 |                                                           |
| <b>Waren insgesamt</b>                                              | <b>36,4</b>                     | <b>100,0</b>                                              |
| Kraftwagen und Kraftwagenteile                                      | 10,75                           | 29,5                                                      |
| Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse                                   | 8,71                            | 24,0                                                      |
| Maschinen                                                           | 8,14                            | 22,4                                                      |
| Datenverarbeitungsgeräte, elektronische<br>und optische Erzeugnisse | 2,22                            | 6,1                                                       |
| Elektrische Ausrüstungen                                            | 1,94                            | 5,3                                                       |

(Quelle: Außenhandelsdatenbank, Statistisches Landesamt, 2025)

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg hätten baden-württembergische Unternehmen 2022 29,0 Prozent ihrer gesamten Direktinvestitionen in den USA investiert. Dies entspräche einem Gegenwert von 92,7 Milliarden Euro. Im Gegenzug würden US-Unternehmen für 8,1 Prozent (oder 5,6 Milliarden Euro) der getätigten Direktinvestitionen im Südwesten stehen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Statistisches Landesamt, Pressemitteilung 260/2024 vom 31. Oktober 2024.

2. mit welchen direkten und indirekten Auswirkungen der US-Importzölle zu rechnen ist, insbesondere auf zentrale Wirtschaftszweige Baden-Württembergs wie die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Gesundheitswirtschaft sowie innovative Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Luft- und Raumfahrt;

Zu 2.:

Welche direkten und indirekten Auswirkungen mögliche US-Importzölle auf zentrale Wirtschaftszweige in Baden-Württemberg haben, kann bislang nur ansatzweise beantwortet werden, da zum Zeitpunkt der Beantwortung des Antrags einzig die Wiedereinsetzung der US-Importzölle auf Stahl und Aluminium durch die Trump-Administration beschlossen wurde.

Jedoch planen angesichts der drohenden Zölle viele baden-württembergische Unternehmen ihre Investitionen in den USA weiter zu erhöhen. Aus einer aktuellen Konjunkturumfrage des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK) von Februar 2025 geht zum Beispiel hervor, dass jedes zweite Industrieunternehmen im Land, das bereits in den USA vor Ort aktiv sei, beabsichtige, seine Investitionsausgaben 2025 zu erhöhen. Das seien fünf Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr.

Diese Tendenz bekräftigen auch die Ergebnisse des im Februar 2025 veröffentlichten German American Business Outlook (GABO) der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern. Danach planen 84 Prozent der befragten Unternehmen, in den nächsten drei Jahren weiter in den USA zu investieren, 43 Prozent davon sogar mehr als 5 Millionen US-Dollar. 27 Prozent der deutschen Tochtergesellschaften im produzierenden Gewerbe, die bisher keine Produktionsstätte in den USA betreiben, planen, eine solche in den kommenden drei Jahren zu errichten. Haupttreiber für die anhaltenden Investitionen seien die Größe des US-Marktes, die konstant hohe Nachfrage sowie die Notwendigkeit, nahe am Kunden zu produzieren. Gleichzeitig sehen 81 Prozent der deutschen Tochtergesellschaften in den USA durch die angekündigten US-Zölle ihr US-Geschäft beeinträchtigt. Jedes vierte der befragten Unternehmen gibt an, im hohen Maße betroffen zu sein, sofern die Zölle wie geplant eingeführt werden sollten.<sup>4</sup>

Nach Einschätzung von Unternehmer Baden-Württemberg e. V. (UBW) trübten sich insgesamt die Geschäftslage und die Geschäftserwartungen der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie auch mit Blick auf die handelspolitischen Entwicklungen weiter ein. Gleiches gelte für die Exporterwartungen. Noch sei die hiesige Industrie in Wartehaltung, da bisher unklar wäre, welche Produktgruppen genau betroffen seien und wann Handelsbeschränkungen eintreten werden. Weiterhin sei nicht klar, welche Anteile der Bruttowertschöpfung der Unternehmen unter die geplanten Zölle fallen würden. Unabdingbar sei jedoch, dass sich die EU, Deutschland aber auch Baden-Württemberg auf alle Eventualitäten vorbereiten müssten.

So wären insbesondere die Metall- und Elektroindustrie sowie die Chemieindustrie, die allesamt eine hohe Außenhandelsquote mit den USA verzeichnen, von den drohenden neuen Handelskonflikten in besonderem Maße betroffen.

Seitens der chemischen Industrie in Baden-Württemberg wird davon ausgegangen, dass Exporte im Wert von ca. 7 Milliarden Euro von den angekündigten Zöllen der USA betroffen seien. Das entspräche über 20 Prozent der Exporte der gesamten chemischen Industrie Baden-Württembergs.

Allerdings, so UBW weiter, dürfte die Betroffenheit der Unternehmen von einer Erhöhung der Zölle unterschiedlich sein. Einerseits könnten Unternehmen durch Zölle direkt betroffen sein, insbesondere wenn diese Endprodukte für Verbraucherinnen und Verbraucher oder wichtige Vorleistungsgüter exportierten. Anderer-

<sup>4</sup> [https://www.gaccsouth.com/fileadmin/AHK\\_Atlanta/GABO\\_2025\\_Presentation.pdf](https://www.gaccsouth.com/fileadmin/AHK_Atlanta/GABO_2025_Presentation.pdf)

seits wären Unternehmen der chemischen Industrie auch indirekt betroffen, weil die chemische Industrie sehr viele Zwischenprodukte für andere Branchen, z. B. Fahrzeugbau, Metall- und Elektroindustrie sowie Maschinenbau, erbringe, die wiederum direkt betroffen wären. Daher sei es umso wichtiger, den Blick auf die gesamte Lieferkette zu richten, was die Auswirkungen der Zölle angehe. Diese indirekte Betroffenheit gelte nicht nur für die chemische Industrie, sondern auch für andere Branchen. Allerdings dürfte die indirekte Betroffenheit der chemischen Industrie größer sein als in vielen anderen Branchen, da die Vorprodukte der Chemie in der Regel bereits auf den unteren Wertschöpfungsstufen eingesetzt würden und daher auf allen Wertschöpfungsstufen Eingang finden könnten. Aufgrund dieser Situation setze die chemische Industrie ihre Hoffnung auf den Erfolg bilateraler Handelsabkommen.

Für weitere zentrale Wirtschaftszweige Baden-Württembergs sehen mögliche direkte und indirekte Folgen wie folgt aus:

#### *Automobilindustrie*

Die baden-württembergische Automobilindustrie ist seit Jahrzehnten in den USA präsent. Die USA sind ein wichtiger Bestandteil im Produktionsnetzwerk der Automobilindustrie; auch von dort aus wird der Weltmarkt mit Fahrzeugen bedient. 2023 haben die deutschen Hersteller in den USA so viele Fahrzeuge gefertigt wie nie zuvor. Von den über 900 000 in den USA produzierten Fahrzeugen werden rund die Hälfte in alle Welt exportiert. Somit profitiert auch der Automobilstandort USA vom internationalen Handel und dem Engagement der deutschen Automobilindustrie. Im Jahr 2023 wurden Pkw im Wert von 8 Milliarden Euro von den USA nach Deutschland exportiert. Damit liegen Pkw „Made in the US“ gemessen am Wert auf Platz 1 der deutschen Importstatistik. In den USA beschäftigt die deutsche Automobilindustrie rund 138 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon arbeiten 48 000 bei den Automobilherstellern und weitere 90 000 bei deutschen Zulieferern. Sollte die US-Regierung die Zölle auf Pkw aus der EU erhöhen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Exporte aus der EU in die USA und umgekehrt. Dies dürfte zu Preissteigerungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher führen und mithin Wirtschaftswachstum und Wohlstand kosten – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks.

#### *Maschinenbau*

Bereits im vergangenen Jahr sind die Ausfuhren im deutschen Maschinenbau real um über 7 Prozent auf 199,6 Milliarden Euro gesunken, wobei die USA und China die größten Märkte blieben. Dies gilt analog auch für den baden-württembergischen Maschinenbau, der rückläufige Ausfuhren in die Vereinigten Staaten verbuchen musste. Nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg sank vorläufigen Zahlen zufolge 2024 der weltweite Exportwert der zweitplatzierten Güterabteilung „Maschinen“ insgesamt um 6,3 Prozent (Menge: -12,9 Prozent). Nach Angaben des VDMA Baden-Württemberg müssen die baden-württembergischen Maschinenbauer bereits das zweite Jahr infolge Auftragsrückgänge aus dem In- und Ausland verkraften. So sei der Wert der Bestellungen gesunken. Allerdings seien die Auftragseingänge aus dem Inland mit -11 Prozent etwas stärker gesunken als das Auslandsgeschäft mit 8 Prozent. Die schwache Auftragslage im baden-württembergischen Maschinen- und Anlagenbau habe sich über das gesamte Jahr 2024 erstreckt. 2023 seien die Bestellungen um 13 Prozent gesunken. Der Umsatz der Branche schrumpfte nach Angaben des VDMA Baden-Württemberg 2024 um 5 Prozent auf voraussichtlich 84 Milliarden Euro. Durch eine Einführung bzw. Erhöhung der Zölle würden die Exportpreise weiter ansteigen, was weiter rückgängige Ausfuhrwerte zur Folge hätte. Zwar könnten hiesige Unternehmen versuchen, durch die Erschließung anderer Märkte (z. B. Asien, EU) die Verluste der Marktanteile in den USA ausgleichen. Der höhere Investitionsbedarf, z. B. durch den Aufbau neuer Produktions- und Vertriebskapazitäten in neuen Märkten, würde gleichwohl mit zusätzlichen finanziellen Belastungen für hiesige Unternehmen einhergehen.

*Pharma- und Medizintechnik*

Für pharmazeutische Produkte sind die USA der wichtigste Exportmarkt für Deutschland. Im Jahr 2023 wurden pharmazeutische Waren im Wert von 8,7 Milliarden Euro aus Baden-Württemberg in die USA exportiert. Dies entspricht etwa einem Viertel des Umsatzes der Branche. Falls es zu einem Handelskonflikt komme und die EU ebenfalls Zölle erheben würde, hätte dies voraussichtlich große Auswirkungen auf die pharmazeutische Branche. Denn die USA sind nicht nur ein großer Abnehmer von pharmazeutischen Produkten, sondern auch ein bedeutender Lieferant für Pharmavorleistungen. Mögliche Zölle auf pharmazeutische Produkte, die in den USA erhoben würden, hätten nicht nur Auswirkungen auf die ansässigen Unternehmen (Umsatzeinbrüche von bis zu 30 Prozent werden hier befürchtet), sondern könnten sich mittelbar auch auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Land negativ auswirken. Umsatzeinbußen der Unternehmen könnten ferner zu Innovationshemmungen und Abwanderungstendenzen führen, auch die Produktionsbedingungen könnten sich aufgrund teurer gewordener oder fehlender Vorprodukte von Arzneimitteln verschlechtern.

*Künstliche Intelligenz*

Zu den potenziellen Auswirkungen der von der amerikanischen Regierung diskutierten Einführung von Importzöllen, beispielsweise auf Software, Dienstleistungen oder KI-Anwendungen, liegen der Landesregierung bislang keine gesicherten Erkenntnisse vor. Baden-Württemberg hat jedoch grundsätzlich das Potenzial, als starker Forschungs- und Entwicklungsstandort mit eigenen Ressourcen eine europäische KI zu entwickeln. Daher unterstützt die Landesregierung KI „made in BW“ mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Förderinstrumenten. Im Rahmen der KI-Strategie konnte die Landesregierung dazu beitragen, dass es bereits heute am Standort eine ganze Reihe von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gibt, die führend auf dem Gebiet der KI sind.

*Quantencomputing*

Für innovative Zukunftstechnologien wie das Quantencomputing könnten infolge von Importzöllen indirekte Effekte wie erschwerte internationale Zusammenarbeit und mögliche Verlagerungen von Investitionen auftreten. Zu direkten Auswirkungen liegen der Landesregierung dagegen keine Informationen vor. Während der direkte Handel mit Quantencomputing-Technologien zwischen Baden-Württemberg und den USA derzeit noch begrenzt sein dürfte, könnten die Importzölle indirekte Effekte haben. Die USA betrachten wirtschaftliche Sicherheit als Teil der nationalen Sicherheit und setzen zunehmend auf außenwirtschaftliche Zwangsinstrumente wie Zölle, Finanzsanktionen sowie Export- und Investitionskontrollen. Dies könnte den Technologietransfer und die Zusammenarbeit in Forschungsprojekten erschweren. Zudem könnten protektionistische Maßnahmen der USA dazu führen, dass baden-württembergische Unternehmen vermehrt in den USA investieren, um Handelshemmnisse zu umgehen, was langfristig zu einer Verlagerung von Know-how und Ressourcen führen könnte.<sup>5</sup>

*Luft- und Raumfahrt*

In der Raumfahrt besteht zwischen Deutschland und damit auch Baden-Württemberg und den USA eine lange und erfolgreiche Kooperationsgeschichte, insbesondere in der Zusammenarbeit von NASA und DLR-Raumfahrtagentur. Die USA sind in der bemannten Raumfahrt entscheidender Partner der ESA, Deutschlands und Baden-Württembergs. Sowohl die seit fast 30 Jahren bestehende Kooperation beim Bau und Betrieb der ISS als auch die 2023 erfolgte Zeichnung der Artemis Accords Deutschlands verdeutlichen die intensive Partnerschaft. Auch in der unbemannten Raumfahrt bestehen enge Verbindungen zwischen der NASA und der Raumfahrtagentur im DLR. So wurde 2024 die erfolgreiche deutsch-amerikanische Umweltmission GRACE zum zweiten Mal verlängert. Dabei verlässt sich

<sup>5</sup> SWP-Studie 4, Februar 2024, Berlin.

die NASA auf die deutsche und insbesondere die baden-württembergische Raumfahrtexpertise. Gebaut werden die beiden Satelliten bei Airbus DS in Friedrichshafen und Space Tech Immenstaad liefert hierfür wichtige Komponenten für die Instrumente. Ab 2028 sollen die beiden Satelliten der GRACE-C-Mission zu Erdbeobachtungszwecken ins All verbracht und durch das DLR gesteuert werden. Im vergangenen Jahr lud das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz außerdem anlässlich der Messe ILA zum ersten deutsch-amerikanischen Raumfahrt-dialog ein, an dem eine hochrangige Delegation aus den USA teilgenommen hat. Für die baden-württembergische und die deutsche Luft- und Raumfahrt sind die engen Handels- und Investitionsbeziehungen mit den USA von entscheidender Bedeutung. Jegliche Änderungen der Rahmenbedingungen hätten entsprechende Auswirkung auf die wirtschaftliche Situation der Luft- und Raumfahrtbranche, die sich derzeit global in einem Wachstumstrend bewegt.

*3. wie die Landesregierung beabsichtigt, baden-württembergische Unternehmen bei der Bewältigung negativer Auswirkungen einer protektionistischen US-Handelspolitik zu unterstützen;*

*5. welche Möglichkeiten sie sieht, um baden-württembergische Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Absatzmärkte zu unterstützen und somit ihre Abhängigkeit vom US-Markt zu reduzieren;*

Zu 3. und 5.:

Zu den Ziffern 3 und 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Mit Bezugnahme auf die Stellungnahme der Landesregierung zur Drucksache 17/7842 spricht sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Außenwirtschaftspolitik und -förderung seit langem für eine Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten aus und setzt dies in ihren Maßnahmen wie dem Außenwirtschaftsförderprogramm oder bei der Internationalisierung von Clustern oder Start-up-Unternehmen um. Beispielsweise unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus dem Medizintechnikbereich auf der Arab Health in Dubai. Damit sollen negative Auswirkungen protektionistischer Handelspolitik einzelner Staaten entgegengewirkt und einseitige Abhängigkeiten reduziert werden.

Schon jetzt hat die Handelspolitik der Europäischen Union mit dem Abschluss multi- und bilateraler Handelsabkommen sowie dem Abschluss von Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf europäischer und nationaler Ebene einen Rahmen für Diversifizierungsbemühungen der Unternehmen geschaffen. Die konsequente Stärkung des EU-Binnenmarktes und eine engere Zusammenarbeit mit strategischen Zielmärkten im Asien-Pazifik-Raum, in Mittel- und Südamerika sowie auf dem afrikanischen Kontinent und in den Golf-Staaten sind weitere wesentliche Aspekte, um die baden-württembergische Wirtschaft resilienter aufzustellen. Auch die Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros der Landesregierung bieten Unternehmen in diesen Zielmärkten wertvolle Anlaufstellen und Informationsquellen. Diversifizierungsentscheidungen obliegen aber letztlich den im internationalen Rahmen agierenden Unternehmen.

Nach Aussage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart würden die zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg die baden-württembergischen Unternehmen informieren und dabei unterstützen, weltweit potenzielle Absatzmärkte zu identifizieren. Optimiert würde dieser Service durch das IHK-Netzwerk mit den Auslandshandelskammern (AHK) und Delegationsbüros an 150 Standorten in 94 Ländern. Die AHKs helfen Unternehmen bei der Erschließung eines neuen Marktes mit Delegationsreisen, Beratung und Entwicklung von Markteintrittsstrategien.

Trotz der erwartbaren handelshemmenden Maßnahmen ist kein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Baden-Württemberg zu erwarten. Dies zeigt auch der Blick auf die Handelsbeziehungen zu den USA während der ersten Amts-



zeit Donald Trumps sowie infolge des Inflation Reduction Acts (IRA). So sind die Exportzahlen zwischen 2017 und 2023 trotz wachsender Handelshemmnisse konstant geblieben (Ausnahme 2020 aufgrund der Coronapandemie). Hierzu verweisen wir auch auf die Stellungnahme zu Ziffer 1.

*4. wie sich die Landesregierung auf das Risiko vorbereitet, dass baden-württembergische Unternehmen aufgrund drohender Strafzölle Produktionsstätten oder Unternehmensstandorte in die USA verlagern;*

Zu 4.:

Die derzeitige Entwicklung mit der drohenden Gefahr von Zusatzzöllen auf EU-Produkte durch die USA wird von der Landesregierung aufmerksam verfolgt. Die Landesregierung steht ferner mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in Kontakt und bringt sich hierbei in geeigneter Weise ein, wie zum Beispiel beim Wirtschaftsgipfel Baden-Württemberg-EU in Brüssel.

Da Standortentscheidungen von Unternehmen nur mittelbar beeinflusst werden können, ist es aus Sicht der Landesregierung von zentraler Bedeutung, die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Unternehmen durch eine erfolgreiche Standortpolitik weiter zu stärken. Ein wesentlicher Baustein ist die im Jahr 2023 beschlossene Aktive Ansiedlungsstrategie. Bestandteil der Aktiven Ansiedlungsstrategie ist es, dass die Standortförderungsagentur Baden-Württemberg International (BW\_i) die Akteure vor Ort, wie zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern sowie die kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen, bei der Standortsicherung von Unternehmen in Baden-Württemberg unterstützt. Dieser Schulterschluss mit den Akteuren vor Ort ermöglicht es der Landesregierung nicht nur, frühzeitig in Standortüberlegungen von Unternehmen eingebunden zu werden, sondern auch kurzfristig auf mögliche Pläne zur Standortverlagerung zu reagieren.

Darüber hinaus wird auf Landesebene eine offensive Technologie- und Innovationspolitik betrieben, um Standortvorteile im Wettbewerb um die Investitionen und Innovationen der Zukunft zu generieren und um die baden-württembergischen Unternehmen angesichts der anstehenden Herausforderungen bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen. U. a. mit der Luft- und Raumfahrtstrategie, der Innovationsoffensive QuantumBW, den Strategiedialogen, den Innovationscampus-Projekten, der Digitalisierungsstrategie digital.LÄND oder auch der Initiative Wirtschaft 4.0 hat die Landesregierung Initiativen angestoßen, um die Standortattraktivität zu erhöhen und Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb gezielt zu unterstützen.

Die L-Bank bietet zudem durch ihre vielfältigen Förderprogramme mit attraktiven Zinskonditionen und teilweise ergänzenden Tilgungszuschüssen Unternehmen unterschiedlicher Größe zudem sehr gute Finanzierungsmöglichkeiten, um Investitionen in Baden-Württemberg zu realisieren. Die Landesregierung setzt sich darüber hinaus kontinuierlich gegenüber der Europäischen Kommission dafür ein, das EU-Beihilferecht für die Transformationsregion Baden-Württemberg passgenau auszugestalten.

Nach Einschätzung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sind handelshemmende Maßnahmen jedoch nur ein Faktor für die drohende Abwanderung von Produktionskapazitäten in die USA. Hierzu zählen gerade im Vergleich zu den USA auch anhaltend hohe Energiekosten, Bürokratie, Unternehmenssteuern und Lohnnebenkosten als weitere negative Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg beeinträchtigen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus setzt sich daher auf allen Ebenen für eine Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen ein.

*6. welche wirtschaftlichen Kooperationen Baden-Württemberg mit den Bundesstaaten der USA unterhält, einschließlich des jeweiligen Schwerpunkts dieser Kooperationen;*

Zu 6.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus verfolgt einen diversifizierten Ansatz, um die Handelsbeziehungen Baden-Württembergs mit den USA zu stärken. Hierbei spielt die Zusammenarbeit mit den einzelnen Bundesstaaten der USA eine wichtige Rolle. Neben der ressortübergreifenden Landespartnerschaft mit Kalifornien sind die Beziehungen zu wirtschaftsstarken Bundesstaaten von besonderer Bedeutung, z. B. zu Texas, Connecticut, Florida oder Wisconsin.

Zur Stärkung der Beziehungen mit Texas reiste Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL im Frühjahr 2024 nach Austin und Houston. Mit dem Bundesstaat Florida führte Staatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL auf der Arab Health im Januar 2025 erste Gespräche zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Medizintechnik.

Zusätzlich verfügt das Land seit dem 1. April 2018 über eine eigene Wirtschaftsrepräsentanz an der Auslandshandelskammer in San Francisco. Diese begleitet baden-württembergische KMU gezielt beim Auf- und Ausbau von Geschäftsbeziehungen in den USA. Dabei liegen die Schwerpunkte auf Zukunftsthemen in den Bereichen Mobilität, Climate Tech, Smart Manufacturing, (Generative) Künstliche Intelligenz und Future of Work. Zusätzlich gibt es seit der Eröffnung der Wirtschaftsrepräsentanz die Stelle eines „Innovation Scout BW“. Die Aufgabe des „Innovation Scout BW“ beinhaltet im Wesentlichen die Vernetzung der Unternehmen mit maßgeblichen Akteuren im Silicon Valley, eine technologische Marktsondierung, den Transfer von bedeutsamen Informationen in die baden-württembergische Wirtschaft sowie die Durchführung des InnovationCamp BW am Standort Silicon Valley.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus steht daneben im regelmäßigen Kontakt mit den vier deutschen AHKen in den USA, welche als offizielle Vertretung der deutschen Wirtschaft vor Ort fungieren. Laut IHK Region Stuttgart arbeiten auch die IHKen in Baden-Württemberg eng mit den AHKen an den Standorten Atlanta (zuständig für den Südosten der USA), Chicago (für den Mittleren Westen), New York (zentraler Knotenpunkt für Unternehmen an der Ostküste), San Francisco (inklusive Wirtschaftsrepräsentanz Baden-Württemberg mit Fokus auf den Technologie- und Innovationssektor) und Washington zusammen. Zudem gibt es das RGIT (Representative of German Industry and Trade) als Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in den USA in Washington D.C. als Interessenvertretung mit dem Ziel, die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern und über relevante politische Entwicklungen zu informieren.

*7. wie diese Kooperationen genutzt werden können, um die Handelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA zu stützen;*

Zu 7.:

Neben dem kontinuierlichen Austausch zu einzelnen US-Bundesstaaten verfolgt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus verschiedene Formate, um die Handelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA zu stützen und zu fördern.

Dazu zählt die Fortsetzung der Wirtschaftsrepräsentanz an der AHK in San Francisco mit einem Wirtschaftsrepräsentanten und einem Innovation Scout. Dadurch erhalten die Unternehmen in Baden-Württemberg auch weiterhin einen direkten Zugang zum weltweit führenden Innovations-Ökosystem im Silicon Valley. Wie unter Ziffer 6 bereits erwähnt, unterstützt die Wirtschaftsrepräsentanz Unternehmen und Start-ups aus Baden-Württemberg beim Markteintritt in die USA und berichtet in regelmäßigen Abständen zur aktuellen Wirtschaftslage in den USA sowie zu Zukunftsthemen.

Zudem hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Oktober 2017 das InnovationCamp BW ins Leben gerufen, das gemeinsam von BW\_i und der Wirtschaftsrepräsentanz des Landes in San Francisco durchgeführt wird. Bei insgesamt zehn InnovationCamp BW von 2018 bis 2024 nahmen über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Chance wahr, in das Innovations-Ökosystem des Silicon Valleys vertieft einzutauchen. Dabei wurden KMU aus unterschiedlichen Branchen mittels eines Bootcamps das Mind-Set des Silicon Valley nähergebracht und diese beim Netzwerkaufbau in die USA unterstützt. Die Teilnehmenden berichten übereinstimmend über die verbesserten Zugänge und Kontakte in den US-Markt infolge des InnovationCamp BW. In Februar 2025 wurde das Format erstmals auch an der Ostküste im Großraum Boston mit Unternehmen aus den Bereichen Life Sciences und Advanced Manufacturing durchgeführt. Auch hier sind die ersten Rückmeldungen der teilnehmenden Unternehmen positiv. Für den Herbst 2025 ist ein weiteres InnovationCamp BW im Silicon Valley geplant.

*8. ob geplant ist, neben der Wirtschaftsrepräsentanz in San Francisco weitere Wirtschaftsrepräsentanzen in den USA einzurichten;*

Zu 8.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus plant aktuell keine weiteren Wirtschaftsrepräsentanzen des Landes neben der Wirtschaftsrepräsentanz in San Francisco in den USA einzurichten. Auf die sehr gute Zusammenarbeit mit den anderen AHKen wurde bereits unter Ziffer 6 hingewiesen.

*9. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und der EU auf die protektionistische US-Handelspolitik zu reagieren, um die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft zu schützen;*

Zu 9.:

Protektionistische Tendenzen im Welthandel erfordern eine pragmatische und strategische Handelspolitik der EU. Baden-Württemberg setzt sich daher für eine Diversifizierung der Handelsbeziehungen und den Abschluss neuer bi- und multilateraler Handelsabkommen ein.

Ziel ist es, neue Absatzmärkte zu erschließen, Abhängigkeiten zu reduzieren und faire Wettbewerbsbedingungen für baden-württembergische Unternehmen zu sichern.

Gleichzeitig sollten bestehende transatlantische Dialogformate wie der Trade & Technology Council (TTC) genutzt und ausgebaut werden, um wirtschaftliche Herausforderungen konstruktiv zu adressieren. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung Initiativen zur Sicherung strategischer Rohstoffe und zur Stärkung der europäischen Industrie.

*10. welche Schritte die Landesregierung unternimmt, um gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft in den transatlantischen Beziehungen zu vertreten.*

Zu 10.:

Die Landesregierung bringt die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft über verschiedene Kanäle und Netzwerke aktiv auf Bundes- und EU-Ebene ein. Im kontinuierlichen Austausch mit der Bundesregierung und europäischen Institutionen setzt sie sich gezielt für die wirtschaftspolitischen Belange des Landes ein. Dabei setzt sich die Landesregierung insbesondere dafür ein, dass der Kontakt zur US-Administration kontinuierlich gesucht wird, um einen drohenden Zollkonflikt möglichst abzuwenden.

Die Landesregierung nutzt zur Einbringung ihrer Interessen auf Bundesebene den Bundesrat und informiert auf Veranstaltungen in der Landesvertretung Entscheidungsträger der Bundespolitik sowie der US-Administration zu den Belangen der baden-württembergischen Wirtschaft. Ein zentrales Forum auf EU-Ebene ist der Wirtschaftsgipfel Baden-Württemberg – EU, der regelmäßig hochrangige Entscheidungsträger aus dem Bereich Handel zusammenführt. Ergänzend dazu nutzt die Landesregierung bilaterale Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission, um zentrale Anliegen direkt zu adressieren.

Dr. Hoffmeister-Kraut  
Ministerin für Wirtschaft,  
Arbeit und Tourismus